



## Grußwort zum 1. Mai 2004.

*Christoph Matschie, Vorsitzender der SPD Thüringen*

Der 1. Mai hat für uns Sozialdemokraten Tradition. Er steht für unseren Kampf um eine gerechtere Welt. Seit mehr als 140 Jahren setzt sich die SPD dafür ein. Jahr für Jahr auch am 1. Mai.

Der 1. Mai 2004 ist jedoch ein ganz besonderer Tag. Wir stecken in Deutschland mitten in einem Prozess der Erneuerung unserer sozialen Sicherungssysteme. Als tragende Kraft der Bundesregierung müssen wir diesen Kurs der Veränderung bestimmen. Andere haben die Kraft dazu nicht gehabt – das wissen wir aus den Kohl-Jahren. Und andere könnten es auch jetzt nicht, ohne die verbindende Idee unserer Gesellschaft – die Solidarität der Starken mit den Schwachen – zu zerstören.

Wie wir soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft organisieren, bestimmen wir schon längst nicht mehr nur für uns. Die Globalisierung hat unsere Gesellschaft geöffnet. Wir sind dadurch ein gewaltiges Stück freier geworden. Aber wir haben dadurch auch neue Risiken kennen gelernt. Dennoch: Nur eine offene Welt ist eine Welt, in der Freiheit und Sicherheit gedeihen können. Ein Zurück in nationale Abschottung wäre daher die absolut falsche Richtung.

Der 1. Mai 2004 steht für das weitere Überwinden nationaler Grenzen. Mit diesem Tag bekommt Europa ein neues Gesicht. Zehn neue Mitglieder machen die Europäische Union reicher. Die Osterweiterung bereitet aber auch vielen hier in Thüringen Sorgen. Wir nehmen diese Sorgen der Menschen um die eigene Sicherheit und Zukunft ernst. Für uns ist es daher wichtig, Europa mit einer neuen Verfassung politisch handlungsfähig zu machen und zu einer Kraft der Stabilität und des Friedens auszubauen. Denn gegen alle vorhandenen Ängste steht der 1. Mai 2004 für einen gewaltigen Schritt. Ein ganzer Kontinent gewinnt Sicherheit, Stabilität und neue Entwicklungschancen.

Aber all das kommt nicht von allein. Wir müssen uns auf Veränderungen nicht nur selbst gut vorbereiten. Wir müssen uns auch fragen, wie wir den gemeinsamen weiteren Weg gestalten. Gerade jetzt. Denn der Wandel lässt nicht auf sich warten. Und er kann in die eine Richtung gehen, oder in die andere. Dafür nur ein Beispiel: Schon längst beginnen einige damit, auf die neuen Mitgliedsstaaten zu zeigen um bei uns alte Wünsche durchzusetzen. Und die CDU-Ministerpräsidenten aus Thüringen und aus Sachsen machen beide keinen Hehl daraus, dass sie lieber heute als morgen im Osten die Löhne senken würden.

Ich sehe das anders. Unterschiedliche Niveaus in Europa dürfen nicht dafür herhalten, unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit und gerechter Entlohnung zu untergraben. Aber wo liegen unsere Standards? Ostdeutschland, das dürfen wir nicht wegdrücken, ist doch längst ein Niedriglohngbiet. Wir haben hier Löhne, die an der Schamgrenze liegen. Von diesen

Einkommen allein können Menschen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Wenn zum Beispiel eine Friseurin in Erfurt 3,18 Euro brutto die Stunde verdient, kann sie davon nicht leben. Das gilt auch für den Gartenarbeiter, der in Thüringen für einen Stundentarif von 3,33 Euro schuftet.

Deshalb bin ich dafür, dass wir eine Debatte über Mindestlöhne führen. Wir müssen sagen, was ein Arbeiter am Ende eines Tages mindestens in der Tasche haben muss. Und das muss dann auch so viel sein, dass er keine Angst vor dem nächsten Tag hat.

Manche schlagen stattdessen vor, es sei besser Niedriglöhne staatlich zu subventionieren. Auch die CDU gehört mittlerweile dazu. Wieder einmal erweist sie sich damit als Kulissenschieber. Denn statt schlanker Staat und wenig Steuern – all das was die CDU sonst vorgaukelt – würde ein System aufgebaut, das Milliarden kostet. Und nichts anderes würde passieren, außer, dass dort, wo der Staat auf niedrige Löhne drauflegt, die von den Unternehmen gezahlten Löhne noch weiter sinken würden. Dabei haben wir hier in Thüringen bisher eine Erfahrung gemacht: Die niedrigsten Löhne in Deutschland, die wir haben, haben unsere Wirtschaft nicht nach oben katapultiert.

Statt weiter zu warten, wie es einige gerne hätten, sollten wir uns lieber einmal umschaun. Neun von 15 der alten EU-Staaten haben mittlerweile Mindestlöhne eingeführt. Die Spanne reicht von 6,35 Euro pro Stunde in Irland bis zu 7,91 Euro in Luxemburg. Großbritannien zählt seit 1999 dazu. Ein englischer Gewerkschafter hat die Erfahrungen seit dem auf dem Punkt gebracht. „Einige Kritiker hatten befürchtet, dass Jobs verloren gehen und die Inflation steigt. Im Gegenteil: Seit es den Mindestlohn gibt, sind 1 Million neue Jobs entstanden.“ Und es sind nicht nur Gewerkschafter, die so sprechen. Längst haben auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände in Frankreich, Belgien oder den Niederlanden die Vorteile erkannt.

Eins steht für mich fest: Eine Diskussion über Mindestlöhne brauchen wir auch in Deutschland. Auch und gerade unter dem Druck der Ost-Erweiterung der Europäischen Union. Sonst drängen wir immer mehr Menschen in Ostdeutschland in die Armut ab. Der 1. Mai 2004 ist ein Tag dafür, einen Weg für mehr Gerechtigkeit zu suchen.

